

Lutz Niemczik

ALLES BIO! ALLES MIST?

**Irrwege in der Landwirtschaft
und vernünftige Alternativen**

Das Neue Berlin

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

ISBN 978-3-360-02195-3

© 2015 Verlag Das Neue Berlin, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin, unter Verwendung eines Motivs von picture alliance / Foodcollection

Die Bücher des Verlags Das Neue Berlin
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe.

www.eulenspiegel-verlagsgruppe.de

Inhalt

- 7 Vom schrägen Bild der Landwirtschaft – Ein Vorwort

ENTWICKLUNG

- 11 Strukturwandel im Osten
- 13 Der Rückgang der Betriebsgrößen
- 19 Die Entwicklung der Tierproduktion
- 22 Landwirtschaftliche Unternehmen in Ost und West
- 26 Wachstumsprognosen
- 30 Bewirtschaftungsformen und ökonomische Stärken
- 40 Vom Landwirt zum Energiewirt
- 50 Biogaserzeugung und Energiepflanzenproduktion

BEWUSSTSEIN

- 59 Welchen Anforderungen muss sich die Landwirtschaft stellen?
- 61 Gibt es in Zukunft nur noch Biobauern?
- 69 Welchen Sinn haben staatliche Regulierungen?
- 75 Sind ökologisch erzeugte Lebensmittel besser als konventionell erzeugte?
- 78 Welche Schadstoffe stecken in unseren Lebensmitteln?
- 89 Was spricht für chemische Düngung?
- 93 Welche Auswirkungen haben Chemiedünger und Pflanzenschutzmittel?
- 101 Geht Pflanzenschutz auch ohne Spritze?

- 106 Welchen Schaden verursachen Pflanzenschutzmittel bei den Bienen?
- 110 Können wir ganz auf den Einsatz von Pestiziden verzichten?
- 113 Welche Gefahren birgt die Überdüngung?
- 119 Wie gut kennen die Bauern ihre Äcker?

FORDERUNGEN

- 128 Fleisch oder fleischlos?
- 131 Müssen Massentierhaltungen sein?
- 139 Wie erreichen wir Tierartgerechtigkeit?
- 145 Wie können die Problemfälle Schwein und Huhn angegangen werden?
- 152 Sind die Endverbraucher dem Tier entfremdet?
- 157 Was spricht für, was gegen die Gentechnik?
- 163 Welche Rolle spielt Nachhaltigkeit für die Zukunft?
- 173 Hat die Politik die Bedeutung des Humus schon erkannt?
- 176 Was macht eine ausgewogene Fruchtfolge aus?
- 181 Gibt es Alternativen in der Bodenbearbeitung?

AUSSICHTEN

- 186 Unsere Landwirtschaft – Versuch einer Zukunftsprognose

Vom schrägen Bild der Landwirtschaft – Ein Vorwort

Es ist ein sonniger Spätsommerabend. Ich stehe am Rand eines märkischen Dorfes und beobachte, wie ein Traktor mit seiner modernen Drillmaschine über den Acker fährt. Stoisch und schnurgerade zieht er seine Bahnen über das riesige Feld. Wo der Acker fertig bestellt ist, sieht er so schön und glatt aus wie das Gemüsebeet eines ordentlichen Gärtners im Frühjahr. Dabei liegt über dem gesamten Land ein frischer erdiger Duft. Mir geht bei solcher Gelegenheit das Herz auf, und ich weiß wieder, weshalb ich Landwirt geworden bin. Die gleiche Freude empfinde ich beim Anblick einer friedlich weidenden Rinderherde auf einer saftigen Wiese in einer von Baumreihen durchzogenen, weiten Landschaft. Das Beobachten von grasenden Rindern oder Schafen hat geradezu etwas Meditatives. Sie sind doch zu beneiden, diese Bauern bei ihrer Arbeit in und mit der Natur.

Das klingt, als wollte ich Werbung machen für den Beruf des Landwirts. Gern würde ich das tun, doch der innere Zwang zur Ehrlichkeit drängt mich dazu, auch über die Kehrseite der Medaille zu sprechen. Und dann beginnt sie doch ziemlich schnell zu bröckeln, die Idylle. Die Landwirtschaft speziell im Osten

Deutschlands hat in den vergangenen Jahrzehnten so einiges an Höhen und Tiefen mitmachen müssen: Vom »Sozialistischen Frühling« bis zum kapitalistischen Herbst mit den mehrere zehntausend Hektar bewirtschaftenden »landwirtschaftlichen« Aktiengesellschaften. Dabei spielten und spielen ökonomische Zwänge genauso eine Rolle wie die politischen Verhältnisse.

Beim Beobachten komme ich auch immer wieder an den Punkt, an dem es um die Frage nach dem Sinn des Ganzen geht: Sind wir Landwirte nun die Ernährer des Volkes und damit zuständig für die Schaffung der Grundvoraussetzung unseres Wohlstandes? Oder werden die Nahrungsgrundlagen für unser Volk schon längst anderswo in der Welt produziert? Sind wir deutschen Landwirte nur noch die größten Umweltzerstörer, deren frevelhaftes Tun obendrein mit Unsummen aus dem Brüsseler Finanztopf finanziert wird? Wäre es somit nicht längst an der Zeit, auf ökologischen Anbau umzustellen und gleichzeitig die ethischen Fragen zur Tierhaltung im Blick zu behalten?

Wo liegt sie also, die Zukunft unserer Landwirtschaft?

Bei der Lösungssuche gilt es, sowohl die inhaltliche Ausrichtung als auch die strukturelle Gestaltung zu bedenken. Im Osten und im Westen der Bundesrepublik herrschen hierbei immense Unterschiede in den Voraussetzungen vor: Durch die mehr oder weniger freiwillige Kollektivierung und die Enteignung landwirtschaftlicher Betriebe erfuhren die Eigentumsverhältnisse in der DDR einen grundlegenden Wandel,

während die Entwicklung in den alten Bundesländern recht geradlinig verlief.

Im Folgenden möchte ich versuchen, einige der angesprochenen Konfliktfelder näher zu betrachten und kritisch Stellung zu beziehen – als Landwirt und als Mensch.

ENTWICKLUNG

Strukturwandel im Osten

Bevor im Jahre 1946 auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone die Bodenreform durchgeführt wurde, hatte es in der Betriebsgröße zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands kaum deutliche Unterschiede gegeben. Abgesehen davon, dass sich im Osten weit mehr und meist größere Flächen im Besitz von adligen Grundbesitzern statt von Bauern befanden. Die durchschnittliche Betriebsgröße lag bei wenigen Hektar.

Die Bodenreform führte nun durch die Aufsiedlung der großen Güter zunächst zu einer Verringerung der durchschnittlichen Betriebsgröße auf dem Gebiet der DDR. In den frühen fünfziger Jahren setzte hier der Trend zur Genossenschaftsbildung ein, sowohl den politischen als auch den wirtschaftlichen Zwängen geschuldet. Im Jahre 1960 wurde unter großem staatlichen Druck die nahezu hundertprozentige Kollektivierung der Flächen durchgesetzt. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg deutlich und lag nun bei einigen hundert Hektar.

Zweifellos war die Art und Weise der Durchsetzung des sogenannten »Sozialistischen Frühlings« in der DDR als Akt der staatlichen Willkür zu werten. Aber es wurden auf diese Weise Strukturen geschaffen, die besser an die sich ebenfalls vergrößernden Strukturen in der Industrie angepasst waren. Weitere Flächen ermöglichten eine bessere Technisierung der landwirtschaftlichen Produktion und führten so zur Freisetzung von Arbeitskräften, die an anderer Stelle der Volkswirtschaft gebraucht wurden. Dass man aber allein durch größere Felder nicht zu höheren Erträgen kommt, war auch schon in der Sowjetunion erkannt worden. Es waren dazu noch andere materielle und technische Voraussetzungen zu schaffen.

Bei allem Mangel, der in der DDR an vielen Stellen herrschte, konnten hier dennoch im Laufe ihres vierzigjährigen Bestehens deutliche Fortschritte erzielt werden. Der Landwirtschaft der DDR gelang es, im Wesentlichen ihrer Aufgabe – der Absicherung der Grundversorgung der Bevölkerung – gerecht zu werden.

Bis zum Ende des ostdeutschen Staates hatten sich die Strukturen der Landwirtschaft noch einmal gewaltig gewandelt. Man hatte die Spezialisierung der Landwirtschaft soweit vorangetrieben, dass es auf der einen Seite eigenständige Betriebe der Pflanzenproduktion mit einer Betriebsgröße von mehreren tausend Hektar gab. Auf der anderen Seite existierten eigenständige Betriebe der Tierproduktion mit mehreren tausend Stück Vieh in immer größer werdenden Ställen. Die Tierproduktionsbetriebe verfügten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, über keine Flächenausstattung.

Mit der Wende setzte auch in der Landwirtschaft des Ostens erneut ein einschneidender Strukturwandel ein. Gegenwärtig haben wir bundesweit eine durchschnittliche Betriebsgröße von knapp 60 Hektar erreicht.

Der Rückgang der Betriebsgrößen

Zunächst gab es schon in der Zeit der de-Maizière-Regierung die Tendenz, die vormals staatlich angeordnete strikte Trennung von pflanzlicher und tierischer Produktion in der Landwirtschaft rückgängig zu machen. Viele LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) gingen diesen Schritt ziemlich schnell, sobald man ihnen die Entscheidung selbst überlassen hatte. Der Grund hierfür war die in vielen Fällen anzutreffende Benachteiligung der Tierproduzenten. Sie hatten bei der strikten Teilung nicht in ausreichendem Maße Einfluss auf die Futtererzeugung bei ihren Kooperationspartnern. Des Weiteren waren die Arbeitskräfteprobleme in den viehhaltenden Betrieben oftmals wesentlich größer als in den Ackerbaubetrieben. Während die Tiere an sieben Tagen in der Woche und das gesamte Jahr hindurch versorgt werden müssen, sind die Wintermonate für die Beschäftigten in der Pflanzenproduktion in der Regel wesentlich ruhiger – wenngleich im Feldbau in den Spitzenzeiten der Ernte und auch bei der Bestellung viele Überstunden anfallen. Die Folge war eine abnehmende Attraktivität des Tierpflegerberufes und daraus resultierend eine Überalterung des Personals in den Ställen. Dem

wollte man mit Zusammenschlüssen der Betriebe von Pflanzen- und Tierproduktion begegnen.

Hinzu kam, dass man sich spätestens nachdem feststand, welchen Weg die DDR gehen würde, Gedanken über die Zukunft der Landwirtschaft im vereinigten Deutschland machen musste. Hier sprachen schon die steuerlichen Regelungen in der Bundesrepublik dafür, auch tierwirtschaftliche Unternehmen mit Flächen auszustatten. Anderenfalls wäre der reine Tierproduzent von vornherein als gewerblicher Betrieb eingestuft und entsprechend besteuert worden. Allein dieser Prozess der Wiedervereinigung von Ackerbau und Viehzucht sorgte für eine deutliche Verringerung der Fläche pro Unternehmen, da diejenigen der Pflanzenbauer auf die Tierhalter aufgeteilt wurden. In der Regel arbeiteten Ende der achtziger Jahre in einer Kooperation ein Pflanzenbaubetrieb und zwei oder mehr Tierproduktionsbetriebe zusammen.

Ein weiterer Gesichtspunkt war die Umsetzung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes nach dem Beitritt zur Bundesrepublik. Zur Zeit der DDR galt für den Umgang mit dem genossenschaftlich bewirtschafteten Boden das LPG-Gesetz. Der Boden gehörte nach wie vor jedem einzelnen Landeinbringer. Laut LPG-Gesetz stand dem Landeigentümer aber keine Pacht für seine in die Genossenschaft eingebrachte Fläche zu. Im Einigungsvertrag wurde diese Regelung schließlich für Unrecht erklärt, und das Anpassungsgesetz sah die rückwirkende Pachtzahlung an die Landeigentümer vor. Hierdurch wurde das in der Zeit der DDR mehr oder weniger abhandengekommene Interesse am ei-

genen Grund und Boden wieder geweckt. In vielen Fällen führte das dazu, dass die eigenen Flächen auch wieder selbst bearbeitet werden sollten. Die Tendenz zur Umsetzung war von Dorf zu Dorf und von Region zu Region sehr unterschiedlich ausgeprägt. Diese Neu- oder Wiedereinrichtung von landwirtschaftlichen Unternehmen trug in erheblichem Maße zu dem großen Strukturwandel bei.

Für die Verwaltung der vormals volkseigenen Flächen war nach der Wiedervereinigung die Treuhandanstalt zuständig. Die im Zuge der Bodenreform 1946 enteigneten Flächen blieben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zunächst im Besitz der Länder oder des Bundes. In vielen Fällen erwarben allerdings die ehemaligen meist adligen Eigentümer oder deren Erben diese Areale zurück. Dabei ist es für den Strukturwandel jedoch unerheblich, ob dieser Erwerb zu allgemein üblichen oder vergünstigten Konditionen erfolgte. Gemessen am Stand der Flächengröße der Betriebe vor der Wende waren die wieder eingerichteten Betriebe im adligen Besitz eher klein. Nach heutigen Gesichtspunkten hingegen handelt es sich um überdurchschnittlich große Unternehmen.

Einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Verkleinerung der Betriebe hatte die Agrarpolitik. Das Bild der Landwirtschaft innerhalb der Bevölkerung bestimmt maßgeblich auch die politischen Rahmenbedingungen für diesen Volkswirtschaftszweig mit. Die Sichtweise der DDR-Bevölkerung war durch mehr als vierzig Jahre Sozialismus geprägt. Wenn in den Nachrichtensendungen auch nur andeutungsweise von zu

erwartenden Mindererträgen bei bestimmten Kulturen die Rede gewesen war, dann hatte sich die Bevölkerung auf Engpässe in der Versorgung eingestellt. Mit einem Ausgleich der Versorgungslücken durch Importe hatte man aufgrund der Devisenknappheit des Landes nur sehr bedingt rechnen können. Die Folge war, dass es für die DDR-Bürger von geradezu lebenswichtigem Interesse war, eine stabile Landwirtschaft im Lande zu haben. Wenn zum Beispiel die Volkskammer Gesetze zur Reform der Agrarpreise erließ, dann konnte man sicher sein, dass diese von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wurden. Genauso verhielt es sich mit Ministerratsbeschlüssen zur Stärkung der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft. Die Versorgung sichergestellt zu wissen, war ausschlaggebend.

Dementsprechend hoch war das Ansehen der Landwirte. In den siebziger Jahren gab es eine Volksumfrage zur Wertschätzung der verschiedenen Berufe: In der Rangfolge ganz oben rangierten die Mediziner. Auch die Vertreter einiger Wissenschaftszweige schnitten dabei sehr gut ab. Auf Platz zehn fanden sich die Diplomlandwirte.

In der alten Bundesrepublik kannte man nun schon seit Jahrzehnten keine wirklichen Versorgungsengpässe mehr. Dadurch rückte die Landwirtschaft allmählich aus dem Fokus des allgemeinen Interesses an den Rand der Wahrnehmung. Fand die Landwirtschaft einmal wieder in den Nachrichtensendungen Erwähnung, verband sich das oftmals mit Negativschlagzeilen. Zwar war noch nicht die Zeit der Lebensmittelskandale angebrochen, die erst seit den neunziger Jahren für Auf-

ruhr sorgten. Aber das Problem mit der landwirtschaftlichen Überproduktion begann, zu einem Konflikt zwischen den Bauern und dem Rest des Volkes zu werden. Schnell wurde von eifrigen Journalisten ausgerechnet, was den einzelnen Bundesbürger der »Milchsee« oder der »Butterberg« in Zukunft kosten würde, während allein die raffgierigen Bauern daran verdienen würden. Und je größer der Hof bzw. der Landwirtschaftsbetrieb war, desto größer waren die Vorwürfe an die vermeintlichen Profiteure. Was blieb den jeweiligen Landwirtschaftsministern, die damals in aller Regel auch noch selbst Landwirte waren, anderes übrig, als in der Öffentlichkeit die heile Welt des kleinen Bauernhofes zu zeichnen? Und so prägt die freundliche, bodenständige Bauernfamilie mit ihren paar Morgen Land und ihrem Streichelzoo bis heute das Idealbild der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit.

An dieser Darstellung stört mich nicht etwa die sympathische Familie und auch nicht ihre Art des Umgangs mit dem Boden und den Tieren. Diese Leute sprechen sicherlich nicht nur von Nachhaltigkeit, sie praktizieren sie auch. Was mich an diesem Bild aber stört, ist die Verklärung der Wirklichkeit. Was man bei der Darstellung der glücklichen Bauernfamilie nicht sieht, ist die andauernde harte, oft mühselige Arbeit und das immer geringer werdende Einkommen. Man erkennt, dass gerade solche Betriebe oftmals kein genügendes oder aber regelmäßiges Auskommen haben. Diese Landwirtschaft ist mittlerweile fast ausschließlich zum reinen Nebenerwerb geworden. Dieser grundlegende Wandel, der mithin notwendig war,

wird der Öffentlichkeit verschwiegen. Idee und Realität kollidieren.

Als im Jahr 1990 die DDR unterging, zeichnete sich der Paradigmenwechsel für die ostdeutsche Landwirtschaft bereits deutlich ab. Die politischen Rahmenbedingungen waren nicht auf die Förderung von landwirtschaftlichen Großunternehmen ausgerichtet. Daran hat sich im Wesentlichen bis heute nichts geändert. Der Prozess der Reprivatisierung war zu Beginn der neunziger Jahre ziemlich schnell abgeschlossen worden, und es hatten sich einigermaßen stabile Betriebsstrukturen herausgebildet. Allerdings sind diese nichts Statisches, sondern befinden sich seither in beständigem Wandel. Trotz des politischen Gegenwindes findet seither – genauso wie es in der alten Bundesrepublik schon der Fall war – der Prozess des Wachsens oder Weichens statt. Es werden langsam weniger, aber dafür immer größere Betriebe. Die Unternehmensgröße in den neuen Bundesländern liegt dabei noch immer deutlich über der in den alten Bundesländern. Hier ist der durchschnittliche Bauernhof von 1990 mit knapp 28 Hektar auf 45 Hektar im Jahr 2010 gewachsen. In denselben zwanzig Jahren bildeten sich in den neuen Bundesländern neue Betriebe unterschiedlicher Eigentumsformen heraus, deren mittlere Flächenausstattung bei zirka 250 Hektar liegt. Ausgegangen war diese Entwicklung Mitte des Jahres 1990 von den rund 3800 LPG Pflanzenproduktion und rund 460 VEG (Volkseigenes Gut) Pflanzenproduktion mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von etwas über 4500 Hektar.

Die Entwicklung der Tierproduktion

Die Agrarpolitik hatte dazu geführt, dass insbesondere in vielen Tierproduktionsbetrieben ein gewaltiger Investitionsstau bestand. Die veralteten Ställe waren von suboptimalen Haltungsbedingungen und von einem sehr hohen Handarbeitsaufwand für die Tierpfleger gekennzeichnet. Der drastische Preiseinbruch unmittelbar nach der Einführung der D-Mark mit dem Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 führte zu einem sehr schnellen Abbau der Tierbestände auf dem Gebiet der DDR. Viele Betriebe standen vor der Existenzfrage. Die natürlichen Standortvoraussetzungen mussten ebenso beachtet werden wie die Agrarförderpolitik.

Für viele Betriebe mit sandigen Standorten schien der reine Marktfruchtanbau keine gangbare Lösung zu sein. Legte man die Erträge der letzten DDR-Jahre zu Grunde, konnte selbst die Agrarförderung nicht zu einem positiven Betriebsergebnis führen. Also erhoffte man sich, durch die Veredlung des eigenen Getreides über die Schweinemast die Aussichten auf Gewinn zu verbessern. Verfügte die Betriebe über größere Grünlandflächen, war man praktisch gezwungen, einen angepassten Rinderbestand zu halten. Nach diesen Gesichtspunkten versuchte man unmittelbar nach der Wende, die Betriebsstruktur den neuen Anforderungen anzupassen, doch es zeigte sich schon bald, dass viele Überlegungen in der Praxis nicht die erwünschten Resultate brachten. Die bloße Anpassung der Tierbestände an die Standortvoraussetzungen reichte bei

Weitem nicht aus, um am Markt bestehen zu können. Es musste dringend in die Ställe und in die Futterwirtschaft investiert werden.

Der Knackpunkt war die Arbeitsproduktivität. Dazu gibt es in der Tierproduktion im Wesentlichen zwei Ansatzpunkte: Entweder man reduziert den Arbeitskräfteaufwand pro Tier oder man verbessert die Leistung der Tiere. Unter diesen Prämissen wurden und werden Stallum- und -neubauten von staatlicher Seite gefördert. Allerdings ist ein neuer Stall noch keine Garantie für mehr Gewinn des Unternehmens. In noch höherem Maße als im Ackerbau entscheiden in der Tierproduktion die Fähigkeiten des Personals über den Erfolg des Betriebes. Dieser Umstand wurde durch die langjährig niedrigen Preise fast aller tierischen Erzeugnisse noch verstärkt. So ging es vielen Betrieben, die auf reine Marktfruchtproduktion gesetzt hatten, in der Regel besser als den tierhaltenden Betrieben. Sehr viele Tierhalter konnten sich nur durch eine innerbetriebliche Quersubvention über Wasser halten. Der Gewinn, den der Ackerbau abwarf, wurde von den Verlusten in der Tierproduktion aufgeessen. So ging man zwar nicht unter, kam jedoch auch nicht vorwärts. Über die Jahre entstand erneut ein Investitionsstau – und das übergreifend in fast allen Produktionsbereichen. Unternehmen, die nicht rechtzeitig eine Neuausrichtung vornahmen, wurden vom Markt verdrängt.

Der Strukturwandel setzte sich unaufhaltsam fort. Im Osten wurde dies besonders deutlich sichtbar. Als Beispiel kann hier die Milchviehhaltung dienen: Durch die Milchquote war bereits unmittelbar nach

der Wende die abzuliefernde Milchmenge pro Unternehmen begrenzt worden. Es gab demzufolge keine Möglichkeit, durch bloße Produktionssteigerung einen höheren Umsatz zu erzielen. Das einzelne Unternehmen konnte nur durch die Übernahme der Lieferrechte von einem anderen Unternehmen die eigene Produktion ausweiten.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte ist die Zahl der Milchviehhalter immer weiter zurückgegangen. Die Zahl der Kühe blieb dabei allerdings relativ gleich. Damit wird klar, dass die Milch gegenwärtig in immer größeren Ställen gemolken wird. Was aber bleibt den Landwirten, die Grünland zu bewirtschaften haben, mit der Milcherzeugung jedoch nicht zurechtkommen? Viele von ihnen haben schon vor Jahren auf die Haltung von Mutterkühen umgestellt. Oftmals war dieser Prozess durch die Lage des Grünlandes in Gebieten mit besonderen Naturschutzauflagen gefördert worden. Ansonsten blieb als Alternative noch die Beweidung durch Schafe oder die Nutzung des Grasaufwuchses als Biogassubstrat. Diese Anpassungsprozesse vollziehen sich nach wie vor.

Der gegenwärtige Stand der Konzentration der Tierbestände offenbart auch hier einen deutlichen Vorsprung des Ostens. Eine Erhebung aus dem Jahre 2011 ergab folgende durchschnittlichen Werte: In Deutschland wurde je Rinderhaltendem Betrieb ein Bestand von 74 Tieren gezählt. Zieht man für den Ost-West-Vergleich nur die jeweils größten Flächenländer heran, dann beträgt der Durchschnittsbestand in Bayern 58, der in Brandenburg dagegen 126 Tiere. Betrachtet man

die Milchkuhhaltung, so lag der bundesweite Durchschnitt bei 47 Kühen je Betrieb, wobei in Bayern der durchschnittliche Milchviehbetrieb 30 Tiere hielt und der in Brandenburg 205 Tiere.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Schweinehaltung. Der Bundesdurchschnitt betrug 814 Tiere je Haltung. In Bayern wurden durchschnittlich nur 476 Schweine gezählt, in Brandenburg hingegen mit 4069 Tieren mehr als das Achtfache des bayerischen Wertes. Selbst wenn man bei der Schweinehaltung das Schwerpunktland Niedersachsen heranzieht, in dem durchschnittlich 1034 Schweine je Haltung gezählt wurden, ist der brandenburgische Wert fast viermal so groß.

Diese wenigen Zahlen belegen eindrucksvoll, dass der Konzentrationsprozess auch in der Tierhaltung im Osten Deutschlands wesentlich weiter fortgeschritten ist als im Westen.

Landwirtschaftliche Unternehmen in Ost und West

Es gibt mehrere Ursachen für die deutlich größeren Strukturen in der Landwirtschaft der neuen Bundesländer. Als eine wesentliche vermute ich die jahrelange Gewöhnung der in der Landwirtschaft Beschäftigten an solche Großbetriebe. Der überwiegende Anteil der Genossenschaftsbauern und Landarbeiter erachtete die Zerschlagung der Großbetriebe als unnötig. Die politische Weichenstellung sah, wie bereits erwähnt, unmittelbar nach der Wende eine andere Richtung vor. Man nahm an, dass sich viele Bauern, die bis 1960 mehr

oder weniger zum Beitritt in eine Genossenschaft gezwungen worden waren, nun endlich, da die Möglichkeit bestand, das Trauma der Zwangskollektivierung abschütteln würden. Zudem rechnete man damit, dass sich durch die großzügige Förderung der Wieder- und Neueinrichtung privater Landwirtschaftsbetriebe die Großbetriebe ziemlich schnell auflösen würden.

Einige Landwirte nahmen diese Chance wahr und wurden wieder private Bauern auf eigener Scholle. Sie stellten jedoch eher die Ausnahme als die Regel dar. In sehr vielen Fällen hatten die ehemals in die LPG getriebenen Bauern schon das Rentenalter erreicht oder standen kurz davor. Oft gaben sie ihren Flächenbesitz nun an ihre Kinder weiter, welche zum großen Teil selbst nicht mehr in der Landwirtschaft beschäftigt waren. Der überwiegende Teil der neuen Landeigentümer zeigte lediglich Interesse an einer guten Verpachtung der Flächen, zumal die Zeit Anfang der neunziger Jahre für sehr viele Bürger der neuen Bundesländer große Unsicherheiten mit sich brachte. Folglich gingen nur relativ wenige das Wagnis einer privaten Firmen Gründung ein.

Wer als Landbesitzer noch in einem der landwirtschaftlichen Großbetriebe seiner Arbeit nachging, hoffte, durch die Verpachtung des Landes an seinen Arbeitgeber die eigenen Chancen auf eine Weiterbeschäftigung zu erhöhen. Um die neuen Herausforderungen zu meistern, denen sich nun alle landwirtschaftlichen Unternehmen stellen mussten, brauchte es neben dem Mut dazu vor allem fundiertes Fachwissen. Viele Leiter in den LPG und VEG hatten sich hierdurch in der

Vergangenheit bereits hervorgetan. Ihre Kenntnisse waren auch weiterhin gefragt. Sie waren dem Betrieb verbunden, so dass die Landeigentümer mehrheitlich eher die Umwandlung der LPG in die verschiedensten Nachfolgeunternehmen unterstützten, als sich selbstständig zu machen oder ihre Flächen an die Neu- und Wiedereinrichter zu verpachten.

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Entwicklung waren die Bodenpreise. Ein schnelles Angleichen der Bodenpreise im Beitrittsgebiet an diejenigen in der alten Bundesrepublik hätte die ökonomischen Probleme der neuen Länder nicht nur verschlimmert, sondern den wirtschaftlichen Neuanfang in vielen Fällen sogar unmöglich gemacht. Erst mit der wachsenden Wirtschaftskraft im Osten können sich die Preise für Grund und Boden über längere Zeiträume langsam angleichen.

Was die Preise für landwirtschaftliche Nutzflächen in die Höhe treibt, ist vor allem die Nachfrage. Diese wird beispielsweise durch die hohe Tierkonzentration in einer Region gesteigert. Auch flächengebundene Lieferrechte für landwirtschaftliche Produkte wie Zuckerrüben oder Milch lassen die Nachfrage steigen. Natürlich verteuert auch die besondere Qualität einiger Böden den Bodenpreis. Was hatte der Osten da zu bieten?

Die Böden, die aufgrund ihrer natürlichen Voraussetzungen zu einem höheren Preis führen, sind in den neuen Bundesländern eher die Ausnahme. Ackerbaulich günstige, fruchtbare Löss- oder Aueböden sind nur selten zu finden. Und selbst dort, wo diese in vergleich-

barer Güte anzutreffen sind, wird für den Acker im Westen wesentlich mehr geboten. Ursache hierfür sind die höheren Tierbesätze und die bessere Ausstattung mit Lieferrechten in den alten Bundesländern. Insbesondere die nach der Wende deutlich zurückgehenden Tierbestände des Ostens haben sich hier bemerkbar gemacht. So wurden die Rinderbestände von 1989 mit 5,7 Millionen Stück um 60 Prozent auf 2,27 Millionen Stück im Jahr 2013 reduziert. Von den Schweinebeständen wurden im selben Zeitraum knapp zwei Drittel abgebaut, und die Schafbestände sind auf die Hälfte zurückgegangen. Infolge der verringerten Tierbestände wurde die Futteranbaufläche reduziert und es stand pro Tier mehr Fläche für die Ausbringung von Stallmist und Gülle zur Verfügung. Im Gegensatz dazu ist in den Regionen des Westens mit hohem Tierbesatz gerade die hohe Nachfrage nach Gülleausbringungsflächen die Ursache für außerordentlich hohe Pachtpreise.

Die niedrigen Bodenpreise in Ostdeutschland hatten hohe Anziehungskraft auch über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus. Viele niederländische Landwirte verkauften ihre Betriebe in der Heimat und bezogen zum Teil zusätzlich staatliche Betriebsaufgabenzuschüsse. So konnten sie sich für wenige Hektar in den Niederlanden viele Hektar in Deutschlands Osten kaufen. Niedrige Kaufpreise bedingen wiederum geringere Pachten, und beides führt gleichermaßen zu größeren Betrieben.